

Forum 3: Referenzgrösse Privatwirtschaft?

Donnerstag, 28. Oktober 2004, 10.00 – 12.30 Uhr

Leitung: **Dr. Christoph Meyer, Advokat, LL.M.**

In den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts schaffte in der Schweiz eine Auffassung von neuem Verwaltungsmanagement den Durchbruch. Unter der Bezeichnung New Public Management (NPM) stellte ein neues, betriebswirtschaftliches Verständnis von Verwaltungsorganisation die Verwaltung in ihrer bisherigen Ausprägung grundsätzlich in Frage. Das Konzept von NPM ist aus verschiedenen theoretischen Ansätzen entstanden. Neben bestimmten politischen Grundströmungen im angelsächsischen Raum (Thatcherismus, Reaganismus) beeinflussten auch ursprünglich für die privaten Unternehmen entwickelte Managementmodelle die Verwaltungserneuerung à la NPM. Das Ziel von NPM liegt in der Optimierung der staatlichen Verwaltungsführung, wobei dies insbesondere durch die verstärkte Gewichtung unternehmerischer und marktwirtschaftlicher Elemente bei der Verwaltungstätigkeit zu erreichen versucht wird.

In der Schweiz konnten NPM Konzepte nicht flächendeckend umgesetzt werden. Die entsprechenden Reformen sind im Bund, in den verschiedenen Kantonen und in den Gemeinden unterschiedlich gut aufgenommen worden. Viele Forderungen haben sich in gut schweizerischer Manier im Rahmen der Umsetzung bereits erheblich entschärft.

Unabhängig von der Rezeption eigentlicher NPM Konzepte im Einzelnen hat sich in der Schweizerischen Verwaltungslandschaft in den letzten Jahren in vielen Bereichen eine klare Annäherung an eine privatwirtschaftliche Denkweise ergeben. So herrscht vielerorts die Auffassung vor, der Staat könne in verschiedener Hinsicht Lösungen für anstehende Probleme finden, wenn er die Privatwirtschaft vermehrt als Referenzgrösse berücksichtigen würde. Gefordert werden dabei beispielsweise vermehrter Kostensenkungs- und Effizienzdruck, verstärkte Kosten-, Leistungs- und Wirkungsmessung, die Förderung monetärer Leistungsanreize, Leistungslöhne sowie die stärkere Ausrichtung von Arbeitsbedingungen öffentlicher Bediensteter auf den Wettbewerb. Diese Forderungen treffen neben den Einheiten der eigentlichen Verwaltung verstärkt die im dritten oder vierten Kreis ausgelagerten öffentlichen Unternehmungen.

Dabei ergeben sich allerdings verschiedene – bisher ungelöste – Fragestellungen. In einem ersten Schritt ist dabei die Frage vordringlich, ob zwischen Management in der Privatwirtschaft und dem der öffentlichen Verwaltung tatsächlich keine fundamentalen Unterschiede existieren, wie dies teilweise behauptet wird. Naheliegender wäre hier eine differenzierte Beantwortung, wobei diese die weitere Frage nach sich zieht, in welchen Bereichen denn die Privatwirtschaft als sinnvolle Referenzgrösse für die Verwaltung betrachtet werden könne. Die Erfahrungen der letzten Jahre sollten hier eine Beantwortung im Einzelfall ermöglichen. Es wird von besonderem Interesse sein zu hören, wie Vertreter aus Verwaltung, Politik und Wirtschaft ihre persönlichen Erfahrungen mit dem Bezug privatwirtschaftlicher Referenzgrössen beurteilen.

Eine entscheidende Rolle bei der Übernahme privatwirtschaftlicher Referenzgrössen in den öffentlichen Bereich spielt insbesondere die Politik. Dabei scheint die Sympathie der Politik gegenüber der Ausrichtung der Verwaltung auf privatwirtschaftliche Referenzgrössen zumindest ambivalent. Während sich Politiker durch die Konzentration auf das Strategische einerseits eine Entlastung und gleichsam die mögliche Konzentration aufs Wesentliche erhoffen, scheint andererseits die klare Befürchtung um Verlust an Einfluss im Raume zu stehen. Es stellt sich somit die Frage, ob die Politik und die Politiker aufgrund ihrer eigentlichen Funktion die Verwaltungstätigkeit bei Bedarf eher nach politischen und nicht nach privatwirtschaftlichen Rationalitäten ausgerichtet haben möchten. Auch in diesem Zusammenhang werden die Erfahrungen der anwesenden Podiums- und Forumsteilnehmer von grosstem Interesse sein.

Wir freuen uns, folgende interessante Podiumsrunde präsentieren zu können:

Urs Amstutz, Direktor des Verbandes Waldwirtschaft Schweiz

Prof. Dr. Franz A. Blankart, Staatssekretär a.D.

Urs Feierabend, Partner, Ernst & Young AG, Bern

Rolf Hasler, Konzernleitung, Leiter Personal, Die Post

Peter Schönenberger, Vorsteher des Finanzdepartementes Kanton St. Gallen

Moderiert wird die Diskussion vom ehemaligen Bundeshausredaktor SF DRS **Kurt Siegenthaler**. Als Forumssponsor firmiert **Ernst & Young AG**.

Thesen:

- Die Referenzgrösse Privatwirtschaft kann für die Zielsetzung der öffentlichen Verwaltung eine wichtige neue Dimension darstellen, die zu lange unberücksichtigt geblieben ist.
- Es ist bis heute nicht möglich, in generell-abstrakter Weise zu definieren, in welchen Bereichen der öffentlichen Verwaltung die Bezugnahme auf die Referenzgrösse Privatwirtschaft sinnvoll sein kann.
- Die Interessen der Politik sind mit einer Ausrichtung der öffentlichen Verwaltung auf die Referenzgrösse Privatwirtschaft nicht zwingend deckungsgleich.